

Der „Saskatchewan Courier“ ist die größte deutsche Zeitung der Provinz und wird in allen deutschen Anstellungen gelesen. Erhältlich jeden Mittwoch und Freitag bei Bezahlung für \$1.00 pro Jahr. Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Man sende alle Briefe an: „Saskatchewan Courier Publ. Co.“, Drawer 452, Regina, Sask., oder spreche vor in der Office: Hamilton Str. Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

Saskatchewan Courier

Organ der Deutschen Saskatchewaner.

The „Saskatchewan Courier“ is the largest German newspaper published in Saskatchewan. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country. Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask. Subscription price \$1.00 in advance. P. O. Drawer 452. Phone 457.

1. Jahrgang.

Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 1. April 1908.

No. 23

Canadische Umschau.

Ans dem Parlament.

Hon. Frank Oliver hat angekündigt, daß er ein Amendement zum Einwanderungs-Gesetz einbringen wird, wodurch dem Ministerialrat das Recht erteilt wird, eine Order zur Deportation von solchen Einwanderern zu erlassen, die nicht direkt von ihrem Geburts- oder Heimatland kommen. Diese Bestimmung ist dadurch nötig geworden, daß die U. P. A. Gesellschaft sich geweigert hat, die 182 Sibirier, die gemäß eines Erlasses des Ministerialrats deportiert werden sollten, zurückzuführen. Die Gesellschaft behauptete, und die Gerichte gaben ihr Recht, das Kabinett hätte keine Macht, eine solche Order zu erlassen.

Die Vorlage wird mit größtmöglicher Eile erledigt werden. Dadurch sollen viele Japaner, die von Hawaii, und viele Sibirier, die von Hongkong kommen, von Canada ferngehalten werden.

Hon. Agnew's Amendment zum Supreme Court Gesetz wurde angenommen. Danach werden alle Berufungsfälle an das Obergericht Canada in fünf Klassen eingeteilt. Diese sind in folgender Reihenfolge zu erledigen: 1. Wahlfälle; 2. Berufungsfälle des Weizens; 3. der Maritime-Provinzen; 4. Quebec; 5. Ontario.

Hon. Fielding legte den Bericht der Civil-Service-Kommission auf den Tisch des Hauses. Der Bericht kritisiert das Department der Marine und der Fiskalerei sowie das der Militärs sehr. Er empfiehlt die Anstellung von Civil-Beamten nach Beförderung eines Examinens, ohne Rücksicht auf Parteipolitik. Verdienst und Können, nicht Gunst und Gabe sollte die Regel und Richtschnur sein. Was die Gehälter anbelangt, so empfiehlt die Kommission eine Erhöhung im allgemeinen. Namentlich die niedrigeren Beamten verdienen zu geringe Gehälter. Die Kommission empfiehlt dann, daß in Zukunft keine Kontrakte mehr durch Abstimmung vergeben werden sollten, ohne öffentliche Angebote. Keinerlei Ausgaben sollten ohne Sanction des Parlaments gemacht werden und unter keinen Umständen seien mehr Gelder zu veranschlagen, als das Parlament bewilligt.

Zum Schluß empfiehlt die Kommission eine Vereinfachung der Bestimmungen des Civil-Service-Gesetzes.

Der Vorlesung des Berichts folgte eine längere Debatte und steht es zu erwarten, daß tiefgreifende Veränderungen im Civil-Service der Dominion vorgenommen werden.

Presidenten wählten zu melden. Das Hon. V. P. Broder, Minister der Marine und des Fischereiwesens, in Folge der scharfen Kritik seines Departements durch die Civil-Service-Kommission, seine Resignation einreichen werde. Diese Meldung ist von dem Minister aufs bindigste demüthigt worden.

Deilsarmee-Einwanderer. Wenn auch manche der von der Deilsarmee nach Canada gebrachten Einwanderer nicht als sehr wünschenswerte zu bezeichnen sind, so tritt doch noch lange nicht auf alle zu und man muß anerkennen, daß die „Armeen“ viele Leute ins Land gebracht hat, die hier ein besseres Fortkommen finden können und werden als drüben, und die, abgesehen von diesem humanitären Moment, auch am Fortschritt und Aufbau des Landes aktiven Anteil nehmen.

Seit Jahren ist die Deilsarmee am Werke, Familien, die in Europa, insbesondere in England, in schlechten Verhältnissen leben, körperlich aber allen Anforderungen an die Arbeitskraft genügen, nach Canada zu schaffen und ihnen hier ein Heim zu bereiten. In den letzten drei Jahren sind nicht weniger als 40,000 Menschen (Männer, Frauen und Kinder) nach hier geschickt worden, darunter sehr viele, die aus eigenen Mitteln die Überfahrtskosten nicht hätten aufbringen können, und denen nur das Entgegenkommen der Deilsarmee die Auswanderung ermöglichte. Sie hatten für ihre Überfahrt zunächst nur eine kleine Anzahlung zu leisten und müssen erst im Laufe der Jahre die aufgenommenen Schulden abtragen.

Es ist ein gutes Zeichen für die Verheißung der Deilsarmee und für ihren Einfluß auf die Auswanderer, daß von den im Jahre 1906 nach hier gelangten 2000 Familien 1900 der von ihnen eingegangenen Verpflichtung, die Überfahrtskosten allmählich zurückzahlen, nachgekommen sind. Nur 100 Familien haben dies noch nicht getan, und der größte Teil davon ist wohl durch irgend welche besonderen Umstände bisher daran gehindert worden. Andererseits geht die Rückzahlung der Überfahrtskosten zum Teil sogar schneller vor sich, als veranschlagt worden ist, denn im letzten Jahre betragen die Rückzahlungen an die Deilsarmee \$11,000, während im Berichtsjahr nur \$10,000 angesetzt waren.

Diese Tatsache deutet schon darauf hin, daß es vielen dieser Einwanderer recht gut in ihrem neuen Heimat-

land geht, wenn sie arbeiten wollen und vor feinerer Arbeit zurückzuführen, Bestanden diese Auswanderer doch fast ausschließlich aus Elementen, die in Europa infolge der Ueberfüllung des Arbeitsmarktes nicht vorwärts kamen, ja nicht einmal das Existenzminimum verdienen konnten.

Die Deilsarmee ist im großen und ganzen durch ihre Erfolge ermutigt und will ihre Arbeit in dieser Richtung auch fortsetzen, wenn sie auch aus Rücksicht auf unsere verhärteten Einwanderungs-Gesetze in den Anforderungen, die sie in körperlicher Beziehung bei der Auswahl der Auswanderer stellt, recht weit geht.

„Oberst“ David G. Lamb, der Direktor des Auswanderungsamtes der Deilsarmee in London, hat kürzlich Canada seinen vierten Besuch abgeleistet, der zwar nur sechs Wochen währte, Lamb aber durch das ganze Land führte. Er hat die meisten Provinzen besucht und hat sowohl mit dem General-Gouverneur Earl Grey als auch mit den Premierministern der Provinz Ontario, Quebec, Neu-Fraunswald und Neu-Schottland und mit dem Minister des Innern in Ottawa konferiert. Nach der Rückkehr nach London hat er in einem Interview erklärt, daß die Kosten der Lebenshaltung in Canada etwa 25 Prozent höher seien als in England, daß ferner die Lebenshaltung etwa 10 Prozent besser sei, daß dagegen die Löhne etwa doppelt so hoch seien. Es ergab sich also, daß eine Steigerung des Einkommens um 100 Prozent einer Steigerung der Ausgaben um nur 35 Prozent gegenüber ständen.

Die Regierung namentlich von Britisch Columbia macht lebhaftest Anstrengungen, den Einwandererstrom nach dort zu lenken und hat mit der Deilsarmee eine Art Kontrakt für die Lieferung weiterer Einwanderer abgeschlossen. Die Deilsarmee bringt im nächsten Sommer 6000 bis 8000 Einwanderer herhin zu bringen. Die ersten Kontingente von je 500 Mann sind bereits dort eingetroffen. Das Hauptziel dieser Einwanderung in B. C. vorläufig: „Nimmt das Land voll weicher Leute“, wird also von der Deilsarmee ernstlich beabsichtigt. Und damit erwirbt sie sich auch gewiß ein Verdienst um Canada.

Die Einwanderung von Deilsarmee-„Merkanten“ ist oft ins Vagerliche gezogen worden. Aber jedes Ding hat doch eben zwei Seiten.

Nordpol verschiebt sich.

Das der Nordpol sich verschiebt und das Klima sich ändert, daß es also in den nördlichen Gebieten dieses Kontinents wärmer und im nördlichen Arktis kälter wird, ist die Theorie von Alfred A. Cohnorth von York, England, der zur Bekräftigung dieser Theorie in Alaska Beweise sammelte und jetzt auf dem Heimwege nach England ist. Die Bewegung wird nach Cohnorth's Ansicht durch die ungeheuren Eisansammlungen an dem canadischen Ufer des arktischen Ozeans, namentlich in Baffin's Land und in Grönland verursacht. Das unbedenkliche Gewicht der Eismassen schiebt durch die Kraft der Gravität die Erdkruste und infolgedessen auch den Nordpol und den arktischen Kreis nach Sibirien zu, wo sich keine so bedeutenden Akkumulationen von Gletschereis befinden, um der Bewegung entgegen zu arbeiten. Die Folge ist, daß Nordamerika und Europa wärmer und Sibirien und Asien allgemein kälter werden.

Nach dem in diesem Jahre veröffentlichten „Parlamentary Guide“ befinden sich in Dominion-Parlament und in den verschiedenen Provinzial-Parlamenten im Ganzen 745 Abgeordnete, unter welchen nur 77 Ausländer sind, d. h. im Ausland Geborene.

Von diesen 77 Ausländern sind 27 Engländer, 15 Schotten, 15 Irländer, 7 Amerikaner, 5 Waleser, 2 Schotten, 2 Russen und je ein Deutscher, Schweizer, Indianer und Italiener.

Die von schottischen Eltern in Canada geborenen Männer bilden die Mehrzahl in den gesetzgebenden Körpern der Dominion, und belaufen sich im Ganzen auf 182, von denen 19 im Senate und 51 im Hause der Gemeinen sitzen.

Die zweite Stelle nehmen die Franco-Canadier ein, deren Zahl sich auf 179 beläuft und 22 Vertreter im Senate und 51 im Hause der Gemeinen haben. Raddar folgen die Irish-Canadier mit 159, und die English-Canadier mit 114. 32 Vertreter wurden von Eltern geboren, die aus den verschiedenen Staaten nach Canada ausgewandert sind. Die Zahl der Deutsch-Canadier beläuft sich auf 12. Von diesen sitzen 4 im Hause der Gemeinen, 5 in der Ontario-Legislatur, 2 in der Legislatur von Nova Scotia und 1 im Manitoba-Parlament.

Von den 300 Vertretern im Senate und im Hause der Gemeinen sind 193 Protestanten und 107 Katholiken. Die Protestanten verteilen sich unter die verschiedenen Denominationen wie folgt: 78 Presbyterianer, 55 Angli-

kaner, 47 Methodist, 8 Baptisten, 4 Congregationalisten und 1 Lutheraner.

Die Mineralproduktion Canada im vergangenen Jahre übertraf die Produktion aller früheren Jahre. Es wurden im genannten Jahre in Canada Metalle und Mineralien im Werte von \$86,183,477 gewonnen; davon entfielen auf Kupfer \$11,478,644, auf Gold \$8,329,221, auf Eisen \$2,028,214, auf Blei \$2,532,836, auf Nickel \$9,535,407, auf Silber \$8,329,221; der Rest verteilt sich auf zahlreiche andere Metalle und Mineralien.

Das größte Salzlager der Welt ist bei Fort McMurray, Alberta's River, Alta., gefunden worden. Prospektoren, die nach Del O'Brien, stießen auf ein 20 Fuß tiefes Salzager. Dies Lager erstreckt sich auf viele hundert Meilen in derselben Stärke. Der bekannte Geologe W. A. Birdwood hat diese Entdeckung gemacht und er fügt hinzu, daß sobald eine Salzverbindung mit diesen Eigenschaften hergestellt ist, Alberta den Salzbedarf der ganzen Welt decken kann.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 30. März. — Die plötzliche Flucht des Reichspräsidenten Fürsten v. Bismarck nach Wien bereitet die politischen Streifen eine große Ueberladung. Der Besuch des Kaisers in der Kaiserstadt an der Donau wird damit motiviert, es sei längst beschlossene Sache gewesen, die Witze zu erwidern, welche Vera v. Lehrenthal, der österreichisch-ungarische Minister des Innern, im vorigen Jahre in Berlin abgeleitet habe. Auf des Kaisers Wunsch oder aber durch Bismarck's Erlaubnis der Delegation und der Erledigung der Erbarbeitungen abgewandt, um den Kaiserplan zur Ausführung zu bringen. Inzwischen gutunterrichtete Kreise berichten die Ansicht vor, daß des Kaisers gegenwärtiger Besuch kaum über Zusammenhang stehen kann mit der neu aufgeworfenen Balkan-Frage, insbesondere der Bahnprojekte Oesterreich-Ungarns und Russlands, sowie dem britischen Vorschlag betreffs der Ernennung eines nachmaligen Gouverneurs. Man zweifelt nicht, daß die deutsche Regierung und die maßgebenden Beamten in Wien auch in allen den Balkan betreffenden Angelegenheiten Schlichter an Schlichter ziehen und so im europäischen Völkerfrieden ihren bestimmten Einfluß behaupten werden.

Wien, 31. März. — In Straßen geht es drunter und drüber. Der Landtag droht mit Boykott. Der Vizepräsident, Baron von Rauch, wird insuliert und hat den ungarischen Premier-Minister Dr. Berekli um Zustimmung gebeten, scharfe administrative und politische Maßnahmen zur Verhinderung der Ordnung und Ruhe in Straßen anzuwenden zu dürfen. Die letzten Wahlen für den kroatischen Landtag haben keinen einzigen kroatischen Kandidaten in das Landes-Parlament gebracht. Man hatte diese bloß in solchen Bezirken aufgestellt, wo die kroatischen Stimmen bisher maßgebend waren. Aber auch die Kroaten haben sich zum Teil der Wahl enthalten, zum Teil sogar gegen die Regierung gewählt. Das Resultat der Wahlen war denn auch eine vollständige Niederlage der Regierung. Von 90 Abgeordneten gehören etwa 60 der kroatisch-serbischen Partei an und 28 Mandate verteilen sich auf die übrigen Oppositions-Parteien. 2 Mandate in Summe blieben unbesetzt, da der Magistrat keine Wahlen vornahm, weil und warum diese Niederlage der Regierung? Kroaten gehören zu Transilvanien, in dem die Ungarn die erste Stelle spielen. Die Ungarn sind schon seit Jahren darauf aus, ihre Gemeinschaft mit Oesterreich zu lösen und selbständig zu werden. Sie wollen aber den Kroaten ihre Kultur und ihre Sprache aufdrängen. Daher wollen die Kroaten nicht wissen, wie die ihre Kultur ebenso hoch stehen, wie die der Magyaren, und von der ungarischen Sprache wollen sie erst recht nichts wissen. Der Kampf der Kroaten gegen die ungarische Gewaltthätigkeit hat sich schon Jahrzehnte hingezogen, jetzt ist er mit neuer Heftigkeit ausgebrochen. Wie groß der Haß der Kroaten gegen die ungarische Regierung und den von dieser ernannten Vizepräsidenten von Rauch ist, läßt sich daraus ersehen, daß der Vizepräsident seinen einzigen Anhänger im Januar d. J. mit seinen Eiern und Steinwürfen bedrängt wurde. Er wollte es mit Gewalt verhindern, daß die Bevölkerung Kroatiens antwortete bei den Wahlen mit der Erwählung eines Landtages, in welchem die Regierung auch nicht einen einzigen Anhänger als Vertreter hat. Jedenfalls ein Unikum in der Geschichte des Parlamentarismus.

Venedig, 30. März. — In Venedig heißt es, daß der Kaiser Wilhelm die von den Zeitungen in Verbindung mit dem Still-Stille veröffentlichten Depeschen mit großem Interesse las und erklärte, die in diesen Depeschen gebrachte Darstellung sei nicht richtig. Er soll erklärt haben, daß er der Ernennung des Dr. Hill-

als amerikanischer Botschafter in Berlin nicht opponierte, sondern einfach sein Bedauern ausgedrückt habe, daß Charlemagne Lomer seinen Posten als Botschafter in Berlin verlasse.

Büchen, 30. März. — Professor Joseph Schmitzer in München, welcher jüngst, wie gemeldet, wegen seines Angriffs auf die Engländer gegen den Modernismus auch in den großen Vann getan wurde, demeritete eine in den Blättern erschienene Meldung, daß er einen Ruf an die Columbia-Universität in New York erhalten habe.

New York, 31. März. — Zwei Männer wurden getötet und mehrere verletzt, als auf dem Union Square in New York gelegentlich einer von etwa 10,000 Arbeitlosen veranstalteten Demonstration, in der viele rote Fahnen zu sehen waren, die der herrschenden Polizei, die die Menge verwirren wollte, eine Bombe geworfen wurde. Die Bombe war aber in der Hand des Mörders zu früh explodiert. Er wurde in entsetzlicher Weise verletzt. Unter den Leichter Verletzten befinden sich vier Polizisten. Weitere Demonstrationen fürstlich, wurden die Polizeierben aufgerufen und in Bereitschaft gehalten, aber bis spät am Abend kamen keine Anruher mehr vor. Das Werfen von Bomben in den von Ausländern bewohnten Vierteln der Distrikte ist eine ziemlich häufige Erscheinung, aber zum ersten Male wurde eine derartige Fertigungswerkstatt gegen eine Polizeitruppe gerichtet. Die Bombe war für Polizeikapitän Reilly und seine 20 Mann bestimmt gewesen, und wenn sie mit einem länger oder langamer brennenden Mörser versehen gewesen wäre, würde vielleicht keiner der Polizisten mehr am Leben sein.

Hamburg, 30. März. — Hier ist Dr. A. G. Mönckberg, der langjährige Bürgermeister der Hansestadt, aus dem Leben geschieden. Bestenfalls der Bevölkerung Hamburgs den Namen aufrecht zu erhalten, um den Singang des verdienten Mannes, der in den Jahrzehnten seiner amtlichen Tätigkeit als erster und zweiter Bürgermeister so unendlich viel für die gewaltige Entwicklung der Stadt getan hat.

Berlin, 30. März. — Der Vorsitzende des Aufsichtsrats der „Deutschen Bank“, Herr Koch, bezeichnete die finanzielle Situation „als besser, denn sie beim Schluß des vorigen Jahres gewesen sei. Die wirtschaftliche Verbindung, welche vielfach plattformartig verkehre ihre günstige Wirkung auf Deutschland nicht. Herr Koch sah speziell Amerika als Beispiel heran und hob hervor, daß, wenn dort die Konjunktur sich wieder in aufsteigender Linie bewege, auch in Deutschland die Zeit der Depression überwinden ließe werde.

Wiesbaden, 30. März. — Im siebenundachtzigsten Lebensjahre ist General a. D. von Bittel zu Wiesbaden dahingegangen. Er war im deutsch-französischen Kriege der Führer des 7. Infanterie-Regiments und zeichnete sich in solch hervorragender Weise aus, daß er das eiserne Kreuz erster Klasse und den Orden Pour le Mérite erhielt.

— Sekretär Metcalf und die Bureau-Chefs im Marine-Departement sind von dem Inhalt des Berichts von Rear-Admiral Evans so sehr überfordert worden, daß sie eine halbe Nacht darüber berathschlagen. Der Bericht enthält eine kurze Zusammenfassung der Berichte von Vize-Admiral und Marine-Strukturfragen, welche sich bei der Schladtschiff-Flotte befinden.

Die Kritiker der Entwurfs- und des Baues der amerikanischen Schlachtschiffe jubeln, denn, wie sie erklären, befähigt der Bericht des Admirals ihre Kritiken betreffs des zu tiefen Panzerriegels, der Geschütze und der Geschützlagen. Die Frage ist jetzt, ob das Marine-Departement des Senats das Marine-Departement aufzufordern wird, den Bericht des Admirals Evans dem Kongress zu übermitteln als einen Teil der Zeugenaussagen in der vom Senat geführten Untersuchung. Die prägnanteste Stelle in dem Evans'schen Bericht lautet wie folgt: „Es scheint, daß besserer Schutz erzielt werden könnte, wenn die Gürtel ursprünglich um sechs Zoll bis zu einem Fuß höher angebracht worden wären. Man nimmt jedoch an, daß an den neueren Schiffen diese Frage von weniger Wichtigkeit ist, da der Oberpanzer um bloß einen Zoll geringere Tiefe hat, wie jener an der Wasserlinie.“

— Unter reisender Retiree, Herr B. Abrams, wird an nachgekommenen Daten an den angegebenen Orten ankommen sein, an Abonnements-Bestellungen auf den „Courier“ und andere Aufträge für uns entgegenzunehmen.

Wir bitten unsere zahlreichen deutschen Freunde, die Anwesenheit Herrn Abrams beifalls anzunehmen. Dadurch können sie sich die Arbeit des Schreibens und des Postzählens ersparen und etwaige Beschwerden mündlich machen.

Abend: 5. und 6. April.
Morgens: 7. April.
Dona, 8. April.
Pruno, 9. April.
Sumboldt: 10. und 11. April.

Provincial-Nachrichten.

Ein gutes Gesetz.

Es zeigt sich jetzt klar und deutlich, daß das im Jahre 1907 von der Legislatur der Provinz Saskatchewan angenommene Ergänzung-Einkommen-Gesetz eine außerordentlich gute Maßnahme ist. Die Hauptbestimmung des Gesetzes lautet wie folgt: „Zur Ergänzung der Regierungseinnahmen soll jedes Jahr eine Taxe von 1 Cent per Aker von jedem wirtschaftlichen Besitzer oder Inhaber von Land in der Provinz erhoben werden.“

Es wird dann bestimmt, daß die auf diese Weise fließende Gelder zum Unterhalt der Erziehungsanstalten und zwar hauptsächlich der öffentlichen Schulen benutzt werden sollen.

Der Hauptzweck dieses Gesetzes ist, der solche Änderungen mit einer Steuer zum Unterhalt von Landflächen zu belegen, die früher keine derartigen Steuern aufzubringen hatten. Nach Schätzungen befinden sich von 20 bis 25 Millionen Aker steuerbaren Landes in der Provinz, die keinen Cent für Erziehungszwecke aufbringen. Bei weitem der größte Teil dieses Landes ist in Händen von Spekulant und Auswärtigen. Die Regierung ist verpflichtet, daß von den Eigentümern dieser Landstücke, die enorme Gewinne daraus erzielen, verlangt werden kann, zum Unterhalt der Erziehungsanstalten beizutragen und daß die ganzen Kosten für Erziehung nicht nur den Augen geladen werden sollten, die gerade in den bereits bestehenden Schuldistrikten wohnen. Bei Ausbreitung des neuen Gesetzes wurde die Pflicht nie aus den Augen gelassen.

Der unter den Bestimmungen dieses Gesetzes eingeschätzte Steuerbetrag beläuft sich auf reichlich 300,000 Dollars für das verfloßene Jahr. Die Angaben des Schatzmeisters der Provinz, Hon. J. A. Calder, sind trotz der Geldknappheit, die letztes Jahr herrschte, und trotz der Opposition gegen das Gesetz von Seiten der sog. Provinzrechtler und anderer, volle \$114,247 der Ergänzung-Einkommen-Steuerbeträge eingelaufen. Eine Order in Couche (Erlaß des Ministerialrats), die die Verteilung dieser Summe anordnet und regelt, ist nach offiziellen Nachrichten bereits unterzeichnet und wird nächstens veröffentlicht werden.

Die zur Verteilung stehende Summe beträgt genau \$149,439.46. Das Gesetz bestimmt nämlich, daß wenn große Beträge dieser Steuer rückständig bleiben, die Regierung bis zu 75,000 Dollars aus dem allgemeinen Einkommensfonds leihen kann. Die Regierung hat nun ungefähr \$35,000 geliehen, da \$189,771 rückständig geblieben sind, die in diesem Jahr zu kollektieren sind.

Die Bestimmungen des Gesetzes betreffs Verteilung der Gelder können jenseitig durch eine Order in Council den tatsächlichen Bedürfnissen angepaßt werden. Da wir noch keine landwirtschaftliche Hochschulen in der Provinz haben und da es die vorbereiteten Schritte zur Errichtung einer Universität geblieben sind, so wird fast der ganze Betrag an die Landflächen der Provinz gehen.

Die Verteilung soll gemäß dem Erlaß wie folgt vorgenommen werden: Für die Universität \$2,288.79; für die Hochschulen \$1,862.00; für Landflächen, die weniger als 60 Tage offen waren, \$2,500.00. Der Rest wird gemäß den Bestimmungen des Gesetzes an die übrigen Landflächen verteilt. Diese Summe beträgt \$142,088.68.

Die Erziehungsbehörde ist jetzt eifrig damit beschäftigt, die an die einzelnen Schulen zu zahlenden Beträge festzusetzen und werden die Checks in einigen Tagen ausgegeben werden. Jeder Distrikt, in dem die Schule mindestens 60 Tage offen war, erhält wenigstens \$120. Es verbleiben dann noch 24,000 Dollars, die im Verhältnis der Unterrichtszeit verteilt werden, d. h. je größer die Zahl der tatsächlichen Unterrichts-tage, desto größer die Bewilligung.

Wir geben hiermit einige interessante Zahlen, die zeigen, wie die bezahlten Steuern und Bewilligungen einzelner Distrikte liegen. Es sei dabei bemerkt, daß diese Zahlen absolut korrekt sind.

Adresszahl des eingeschätzten Landes	Schul-tage	Bewilligung.
473, Erndliche	214½	\$151.50
31, Poplar Grove	213	151.50
911, Mt. Crescent	209½	151.42
228, Ellisboro	196	149.40

Dazu befinden sich noch 5 Schuldistrikte, die ganz oder zum Teil in dem L. J. D. liegen:

Gesetz in deutscher Sprache.

Stets war es ein Bedürfnis der Deutschen in unserer Provinz (natürlich auch in anderen Provinzen), die wichtigsten Gesetze und Verordnungen in deutscher Sprache zu bekommen. Berücksichtigung dieser dabingehenden Vorstellungen bei der Regierung gemacht worden. Es wurden dem auch

Verordnungen gemacht, die jedoch bald wieder in Vergessenheit gerieten. Als Herr B. M. Fretz in dieser Sache bei der Regierung vorstellig wurde, erhielt er die verbindlichen Versprechungen, daß die wichtigsten Gesetze in deutscher Sprache herausgegeben werden sollten. Damit ist dem jetzt auch schon ein guter Anfang gemacht. Die bis jetzt fertigen Gesetze und Pamphlete sind folgende:

1. „Das Wege-Verbesserungs-Gesetz“ (Local Improvement Ordinance).
2. „Die Verordnung betreffs entlaufener Tiere“.
3. „Die Pferdezüchter-Verordnung“.
4. „Das Erziehungs-Einkommen-Gesetz“ und
5. Ein Pamphlet über die Diphtheritis.

Der Exemplare dieser Gesetze und Verordnungen wünscht, wende sich an die Regierung resp. die einzelnen Abteilungen wie folgt:

Für das „Wege-Verbesserungs-Gesetz“ an das Department of Public Works;

Für „Die Verordnung betreffs entlaufener Tiere“, „Die Pferdezüchter-Verordnung“ und das Pamphlet über Diphtheritis an das Department of Agriculture;

Für „Das Erziehungs-Einkommen-Gesetz“ an das Department of Education.

In Vorbereitung sind jetzt ein Pamphlet über die „Zehnwund“, sowie die „Konsolidierten Schul-Verordnungen“ und die „Verordnung betreffs schuldigen Unkrauts“. In einigen Wochen werden auch diese fertig sein.

Die Deutschen unserer Provinz werden gewiß ihrer Regierung dankbar sein, daß sie ihnen all diese Gesetze in ihrer Sprache gibt. Keine der Provinzen Canada hat das bis jetzt in so umfangreicher Weise getan. Unsere Regierung zeigt dadurch mit der Tat und der Wahrheit, daß sie viel um die Deutschen gibt, und die Deutschen Saskatchewan werden auch zur gleichen Zeit zeigen, daß sie viel um die Scott-Regierung geben. Des sind wir sicher.

Einige Briefe.

Trotz der Kargheit einiger stets ungründlicher „Mider“ ist die weitaus größte Mehrheit der Farmer, die Zootgetreide von der Regierung bestellt und erhält, mit demselben sehr zufrieden. Sie erkennen an, daß der Preis möglich ist, daß das Getreide erntefähig ist und so rein von Unkraut, daß es in dieser Beziehung die höchsten Erwartungen erfüllt und sogar übertrifft hat. Ein Farmer, der von sich selbst sagt, daß er „zu hiden pflegt wie ein Bier“ und der ein stummer Gegner der Regierung ist, bemerkt kürzlich: „Ich habe nichts gegen das Getreide einzuwenden.“

Wir führen einige Briefe an, die zeigen, wie zufrieden die Farmer mit dem erhaltenen Getreide sind:

Canonra, Sask., 23. März.
A. A. Loach, Regina.
Werter Herr!

Ich erhielt den Weizen heute. Ich brauche noch 80 Bushel. Dieser Weizen ist sehr gut und ich bezahle bar, wenn gewünscht.

Hochachtungsvoll Wilh.
E. A. Wilson.

London, 23. März.
Werter Herr!

Ich erhielt den Weizen, den Sie mir sandten, heute. Er ist viel besser wie das Getreide, das man hier herum bekommen kann und billiger. Bitte, schicken Sie mir auch den Hafer und Gerste. Ich schreibe auch für meinen Bruder Th. R.

Aufrechtlich Ihr
B. Nixon.

— Thomas Scott, der älteste Sohn des Th. Scott von Petrolia, südlich von Moose Jaw, wurde am Montag Abend beim Kreuzen der C. P. R. Strecke von dem Transcontinentalzug überfahren und augenblicklich getötet. Er war 25 Jahre alt und unverheiratet.

— Von Canonra, Sask., wird berichtet, daß der kleine Sohn eines Koloniers namens Gogale am hellen lichten Tage von drei Wölfen angegriffen und lichtsächlich in Stücke gerissen wurde.

Die Herren Willehge und Sids, welche sich auch eine solche zur Hinderung des Kriensgesetzes. Die Prohibitionisten verlangen sehr weitgehende Änderungen zu ihrem Gunsten. Hoffentlich wird der vernünftige Menschenverstand über jegliche Engergesetze und Beschränkungen liegen. Wenn die Bestimmungen des bestehenden Gesetzes streng durchgeführt werden, so sind sie sehr genug.

Doch warten wir des Kommenden.

Der Provinzial-Parlamentarier für Schulen, die ganz im Distrikt sind: \$603.82

Bewilligungen für Schulen, die zum Teil im Distrikt sind: \$733.19

So könnten wir noch mehr Distrikte anführen, doch mag obiges Beispiel genügen.

An diesem Beispiel sehen wir, daß der Distrikt gemäß den Bestimmungen des neuen Gesetzes \$880 an Steuern aufbrachte und in Gestalt von Schulbewilligungen \$1336 zurückerhielt.

Das zeigt in nackten Zahlen die Vorteile des neuen Gesetzes für die der Provinz wohnhaften Steuerzahler, denn die jährliche Steuerernte kann um ein bedeutendes herabgesetzt werden.

Das Prinzip des Gesetzes, nicht-anfällige Landeigentümer für Schulzwecke zu belohnen, ist ein gesundes und die Bestimmungen und Vorschriften des Gesetzes sind solche, daß dieses Prinzip auch durchgeführt wird.

Das ist erfindlich in höchstem Maße, denn die Regierung hat mit diesem Gesetz das Landbauern neuen Boden auf dem Feld der Gesetzgebung gebröhen. Je mehr die Bewohner unserer Provinz ausfinden werden, wie vorteilhaft das Gesetz für sie ist, desto mehr wird auch hier und da noch bestehende Opposition gegen dasselbe schwinden.

Das erste reguläre Infanterie-Regiment des Weizens wird im kommenden Sommer in unserer Provinz gebildet werden unter dem Namen 95. Regiment, Saskatchewan Infanterie. Zwei Kompanien werden in Regina, zwei in Moose Jaw, zwei in Prince Albert und je eine in Saskatoon und Wollsele garnisonieren.

Die Uniform des Regiments wird entweder dunkelgrün oder dunkelblau sein. Der Kommandant wird sein Major der Provinz, Hon. J. A. Calder, sind trotz der Geldknappheit, die letztes Jahr herrschte, und trotz der Opposition gegen das Gesetz von Seiten der sog. Provinzrechtler und anderer, volle \$114,247 der Ergänzung-Einkommen-Steuerbeträge eingelaufen. Eine Order in Couche (Erlaß des Ministerialrats), die die Verteilung dieser Summe anordnet und regelt, ist nach offiziellen Nachrichten bereits unterzeichnet und wird nächstens veröffentlicht werden.

Die zur Verteilung stehende Summe beträgt genau \$149,439.46. Das Gesetz bestimmt nämlich, daß wenn große Beträge dieser Steuer rückständig bleiben, die Regierung bis zu 75,000 Dollars aus dem allgemeinen Einkommensfonds leihen kann. Die Regierung hat nun ungefähr \$35,000 geliehen, da \$189,771 rückständig geblieben sind, die in diesem Jahr zu kollektieren sind.

Die Bestimmungen des Gesetzes betreffs Verteilung der Gelder können jenseitig durch eine Order in Council den tatsächlichen Bedürfnissen angepaßt werden. Da wir noch keine landwirtschaftliche Hochschulen in der Provinz haben und da es die vorbereiteten Schritte zur Errichtung einer Universität geblieben sind, so wird fast der ganze Betrag an die Landflächen der Provinz gehen.

Die Verteilung soll gemäß dem Erlaß wie folgt vorgenommen werden: Für die Universität \$2,288.79; für die Hochschulen \$1,862.00; für Landflächen, die weniger als 60 Tage offen waren, \$2,500.00. Der Rest wird gemäß den Bestimmungen des Gesetzes an die übrigen Landflächen verteilt. Diese Summe beträgt \$142,088.68.

Die Erziehungsbehörde ist jetzt eifrig damit beschäftigt, die an die einzelnen Schulen zu zahlenden Beträge festzusetzen und werden die Checks in einigen Tagen ausgegeben werden. Jeder Distrikt, in dem die Schule mindestens 60 Tage offen war, erhält wenigstens \$120. Es verbleiben dann noch 24,000 Dollars, die im Verhältnis der Unterrichtszeit verteilt werden, d. h. je größer die Zahl der tatsächlichen Unterrichts-tage, desto größer die Bewilligung.

Wir geben hiermit einige interessante Zahlen, die zeigen, wie die bezahlten Steuern und Bewilligungen einzelner Distrikte liegen. Es sei dabei bemerkt, daß diese Zahlen absolut korrekt sind.

Adresszahl des eingeschätzten Landes	Schul-tage	Bewilligung.
473, Erndliche	214½	\$151.50
31, Poplar Grove	213	151.50
911, Mt. Crescent	209½	151.42
228, Ellisboro	196	149.40

Dazu befinden sich noch 5 Schuldistrikte, die ganz oder zum Teil in dem L. J. D. liegen:

Stets war es ein Bedürfnis der Deutschen in unserer Provinz (natürlich auch in anderen Provinzen), die wichtigsten Gesetze und Verordnungen in deutscher Sprache zu bekommen. Berücksichtigung dieser dabingehenden Vorstellungen bei der Regierung gemacht worden. Es wurden dem auch

Verordnungen gemacht, die jedoch bald wieder in Vergessenheit gerieten. Als Herr B. M. Fretz in dieser Sache bei der Regierung vorstellig wurde, erhielt er die verbindlichen Versprechungen, daß die wichtigsten Gesetze in deutscher Sprache herausgegeben werden sollten. Damit ist dem jetzt auch schon ein guter Anfang gemacht. Die bis jetzt fertigen Gesetze und Pamphlete sind folgende:

1. „Das Wege-Verbesserungs-Gesetz“ (Local Improvement Ordinance).
2. „Die Verordnung betreffs entlaufener Tiere“.
3. „Die Pferdezüchter-Verordnung“.
4. „Das Erziehungs-Einkommen-Gesetz“ und
5. Ein Pamphlet über die Diphtheritis.

Der Exemplare dieser Gesetze und Verordnungen wünscht, wende sich an die Regierung resp. die einzelnen Abteilungen wie folgt:

Für das „Wege-Verbesserungs-Gesetz“ an das Department of Public Works;

Für „Die Verordnung betreffs entlaufener Tiere“, „Die Pferdezüchter-Verordnung“ und das Pamphlet über Diphtheritis an das Department of Agriculture;

Für „Das Erziehungs-Einkommen-Gesetz“ an das Department of Education.

In Vorbereitung sind jetzt ein Pamphlet über die „Zehnwund“, sowie die „Konsolidierten Schul-Verordnungen“ und die „Verordnung betreffs schuldigen Unkrauts“. In einigen Wochen werden auch diese fertig sein.

Die Deutschen unserer Provinz werden gewiß ihrer Regierung dankbar sein, daß sie ihnen all diese Gesetze in ihrer Sprache gibt. Keine der Provinzen Canada hat das bis jetzt in so umfangreicher Weise getan. Unsere Regierung zeigt dadurch mit der Tat und der Wahrheit, daß sie viel um die Deutschen gibt, und die Deutschen Saskatchewan werden auch zur gleichen Zeit zeigen, daß sie viel um die Scott-Regierung geben. Des sind wir sicher.